

„Langzeitarbeitslosigkeit geht uns alle an“

Ratsherr Jürgen Hansen kritisiert die Politik der Landesregierung und fordert sozialen Arbeitsmarkt

Das Thema ist so alt wie die Arbeitslosigkeit selbst. Nur bei den Kommunisten gab es keine Arbeitslosigkeit von Menschen, aber dafür nicht immer sinnbringende Arbeit. Das weiß der Gelsenkirchener Ratsherr ohne Parteizugehörigkeit, Jürgen Hansen, aus leidvoller Erfahrung.

GE. „Sie kennen alle den alten Spruch aus der damaligen DDR „mal haste keine Nägel und haste Nägel, dann haste keinen Hammer.“ Aber diese Mangelwirtschaft ist Gott sei dank überwunden. Es gibt Hammer und Nägel im Überfluss nur keine Bretter um sie hineinzuschlagen, somit auch keine Arbeit und damit Arbeitslosigkeit für die Menschen“, gibt Jürgen Hansen, parteiloser Ratsherr im Rat der Stadt Gelsenkirchen und Vorsitzender der Taskforce Flüchtlingshilfe Gelsenkirchen, in Sachen sozialer Arbeitsmarkt zu bedenken. Dabei ist ihm durchaus klar, dass das Problem sehr viel vielschichtiger ist, aber er wollte es einmal auf einen einfachen Nenner bringen. „Der Gelsenkir-

chener Appell hat sich des Problems angenommen und wollte im Kern einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Dafür haben hier viele Akteure gekämpft. SPD, CDU, FDP und die Grünen waren sich selten so einig und auch Wohlfahrtsverbände wie Diakonie, AWO und viele andere waren mit im Boot“,

erinnert Hansen. „Wenn man bedenkt, dass trotz sehr guter Konjunkturentwicklung heute sechs von sieben Arbeitslosen ALG II, das sogenannte Hartz IV, beziehen und länger als vier Jahre in diesem Bezug stecken, dann macht eine sinnstiftende, sozialversicherungsspflichtige Beschäftigung in einem so-

zialen Arbeitsmarkt absolut Sinn. Das würde der Stadtgesellschaft helfen und für die Betroffenen soziale Teilhabe bedeuten.“

Die alte Landesregierung unter Hannelore Kraft hatte die Gelsenkirchener Idee aufgegriffen und die Stadt beauftragt ein diesbezügliches Projekt auf den Weg zu bringen. Dieses Projekt

ist in seiner ursprünglichen Form gestorben mit dem Amtsantritt von Armin Laschet und der Koalition aus CDU und FDP in Düsseldorf.

„Nun aber verkaufen sie uns als Neuerfindung des Rads ihr Modellprojekt, in welchem Unternehmen der Privatwirtschaft mit Lohnzuschüssen dazu bewegt

werden sollen, Langzeitarbeitslose einzustellen. Das nenne ich schlichtweg Verarschung des Bürgers. Das hatten wir alles schon mal in den 90ern als Kombilohnmodell und es hat nicht funktioniert. War die Förderung ausgelassen, saßen die Leute wieder auf der Straße. Von Nachhaltigkeit und dauerhafter Beschäftigung keine Spur“, kritisiert der parteilose Ratsherr.

Dabei ist er sich bewusst, dass alles gut ist, was Menschen in Arbeit bringt, und, dass die Stadt die 5,3 Millionen Euro des Projektes gern in die Hand nimmt und noch 1,3 Millionen Euro dazu gibt, damit sie überhaupt in den Genuss des Projektes kommt. Was ihm fehlt ist die Nachhaltigkeit.

„Ein Beispiel dazu. Viele kleine Vereine und Initiativen haben im vergangenen Jahr Arbeitsplätze geschaffen, um im Rahmen des damaligen sozialen Arbeitsmarktprojektes Menschen eine Arbeit zugeben, so auch die von mir geführte Taskforce für Flüchtlingshilfe. Wir hätten 20 Arbeitsplätze eingerichtet in der Betreuung und Integration von Flüchtlingen mit Bleibepers-

pektive. Finanziert zu 100 Prozent über das Projekt. Das ist nun Geschichte: Wo sollen kleine Organisationen und Einrichtungen, den nunmehr geforderten Eigenanteil von 50 Prozent der Lohnkosten hernehmen? Wir leben ausschließlich von Spenden und ehrenamtlicher Arbeit. Diese christdemokratische Sozialpolitik nenne ich einen christlich-sozialen Kahlschlag“, schimpft der Politiker, dessen Taskforce Flüchtlingshilfe während der Flüchtlingswelle eine der Institutionen war, die der Stadt Gelsenkirchen tatkräftig zur Seite

standen bei der Bewältigung der Probleme und sich heute engagiert in der Integration der Neubürger.

„Gelsenkirchen und auch die arg gebeutelten anderen Revierstädte brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt. Was sie nicht brauchen, ist Augenwischerei wie sie uns von Düsseldorf aufgezungen wird. Hoffnung am Horizont wäre eventuell eine Groko mit einer starken SPD, aber das sehe ich persönlich noch in weiter Ferne“, blickt Hansen nicht gerade frohen Mutes in die Zukunft.



Jürgen Hansen (Bildmitte) im Kreis einiger seiner vielen Mitstreiter bei der Taskforce Flüchtlingshilfe Gelsenkirchen. Dabei handelt es sich um einen freiwilligen, überkonfessionell und unparteilich arbeitenden Zusammenschluss von Menschen quer durch die Stadtgesellschaft. Die Ehrenamtler kanalisieren und organisieren Hilfsangebote und führen Helfer und Hilfesuchende Menschen zueinander.

Foto: Gerd Kaemper

